

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

159

Verlagspreis: vierteljährlich 2 40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2,25 M. bezm. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Beilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch, den 10. Juli 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsseitige Beilage oder deren
Raum 20 Pfg., die Beilage 50 Pfg.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

7. Juli. Verbesserte Gerichtsbarkeit an der ganzen
Front. Französisch-amerikanische Angriffe westlich von
Cherry-Schier. —

8. Juli. Starke Artillerietätigkeit beiderseits der Vos-
ges in beiden Eiten der Somme.

Bier Milliarden.

Der Hauptausschuss des Reichstages hat seine Steuer-
entwürfe beendet, und nun soll die Vollversammlung, bevor
möglich in die Sommerferien geht, ihren Segen dazu
geben. Ob das Ergebnis, weil es lange dauerte, bis es
kam, darum auch gut genannt werden kann, wird
noch niemand entscheiden wollen. Für diese Be-
stimmung spricht die Tatsache, daß es erfreulicherweise ge-
lungen ist, über alle wesentlichen Beschlüsse so gut
wie volle Einmütigkeit sämtlicher Parteien zu er-
zielen. Das ist ein Erfolg, der gerade in Steuerfragen
nicht genug geschätzt werden kann. Ander-
erseits sind manche Einzelbeschlüsse bei den Verbündeten
auf starken Widerstand gestoßen, und hier und
da haben sie auch in den beteiligten Volkskreisen einiges
Unverständnis ausgelöst. Aber das sind Erscheinungen, an
denen wir bei den Steuererläsen der letzten Jahre nach-
gewöhnt haben. Die Hauptsache ist und bleibt
dabei, daß der Geldbedarf des Reiches in einer von
überwältigender Mehrheit des Reichstages verantwort-
lich bestimmten Form gedeckt wird. Die Zeiten sind zu-
mal, als daß man sich demgegenüber bei Kleinigkeiten
aufhalten dürfte.

Der Reichstag hat sich diesmal nichts weniger als
einstimmig geäußert. Mit einer Forderung von „nur“ 2,8 Mil-
liarden trat der Schatzsekretär an ihn heran, sorgfältig ver-
stärkt auf einen Strauß von Vorlagen, deren beläufiger
Wert dem gewöhnlichen Steuerzahler vollkommen genügen
würde. Die Sachverständigen unter den Volksboten fanden
es bald heraus, daß ein nicht unerheblicher Teil der
Einnahmen vorläufig der Reichskasse nur auf dem
Grund der Einnahmen kommen würde, wie z. B. die er-
höhten Getränkesteuern, deren wirklicher Eingang
wieder in Friedenszeiten erwartet werden kann,
während die Ausgaben des Reiches sich schon in der
Vorauszeit auf Heller und Pfennig bemerkbar machen.
Man ging man auf die Suche nach Ergänzungssteuern.
Man stellte sich auch das als Schlagwort gewisser Par-
teien ein, daß neben dem Verbrauch vor allem Besitz und
Einkommen gebührend herangezogen werden müßten, und
dabei wurde ein neues Besteuerungsgebot aus-
gesprochen, das eine Wiederholung und Verewigung des
allgemeinen Beitrags vom Jahre 1913 bringen
würde. Aber da tauchten die einzelstaatlichen Finanz-
minister zusammen, deren Kreise auf diesem Wege
schon empfindlich gestört werden sollten. Der
Reichstag war, daß man sich auf eine einmalige Ver-
mehrung des Mehreinkommens der Kriegsjahre in Ver-
einbarung mit einer Besteuerung des Vermögens einigte,
wobei man den schönen Namen einer „außerordentlichen
Einkommensteuer“ erfindet. So werden die Steuerquellen der
Zukunft wenigstens grundrissig geschildert, und der
Reichstag hat sie doch um das nette Stümchen von
2,8 Milliarden angezapft. Dafür mußte ihm der Bundesrat
die Einwirkung eines Reichsfinanzgerichtshofes zustehen,
der in allen streitigen Finanz- und Steuerfällen an die
Stelle der obersten Verwaltungsbehörden treten und deren
Entscheidungen durch richterliche Urteile erledigen soll. In
dieser Hinsicht sind Regierung und Reichstag, namentlich
wegen des Umfangs der damit neubegründeten Aufsicht-
befugnisse gegenüber den Landesbehörden befreit, noch
nicht einig, aber daran wird man das Werk im
Laufe der Zeit nicht scheitern lassen. Hier ist ein Fortschritt
gemacht worden, für den auch die tüchtigsten Steuer-
kammer schon seit vielen Jahren gekämpft haben.

Die indirekten Steuern sind dafür im großen und
ganzen unverändert genehmigt worden. Am meisten
unverändert machte das Branntweinmonopol, das der
Reichsausschuss am liebsten lang- und langsam unter den
Fingern befördert hätte. Der Reichstag sträubt sich nun
jedoch gegen jede Machterweiterung des Bundesrats
über unsern Wirtschaftsleben, weil einmal die Zoll-
tarife, die abhängigen Beamten dadurch immer höher anzuheben,
was man ungerecht lieber läßt, sie allmählich zu ver-
mindern, und weil Handel und Produktion in staatlicher
Hand, nach den bisherigen Erfahrungen wenigstens zu
Gefahr laufen, zu erklären. Aber Graf Roederer
vertrat diesen Gesetzentwurf mit so großem Nachdruck, daß
er schließlich doch, wenn auch in den grundlegenden Be-
stimmungen nur mit 18 gegen 12 Stimmen, Annahme
fand. Bier- und Wein- und Getränkesteuern, die Er-
höhung der Postgebühren, der Stempelsteuern, sie alle
wurden bewilligt, teils mit Einschränkungen, teils mit
Ergänzungen; ist es doch nun einmal von jeder der
Klassen unserer Volksvertreter anwesend, auf diesem

Gebiete immer anders zu wollen als der hohe Bundesrat.
So wurde auch in die Umsatzsteuer noch mehr
hineingearbeitet, als die Regierung schon vorgeschlagen
hatte, und bei der Einkommensteuer erwachte der anti-
kapitalistische Eifer des Reichstages plötzlich mit
so stürmischer Gewalt, daß darüber Heulen und
Jähnelappen in allen deutschen Bankhäusern entstanden
sind. Der Lärm wird sich legen, und man wird sich schon
wieder vertragen. Auch der Steuerflucht hat der Reichs-
tag versucht durch scharfe Bestimmungen einen Riegel vor-
zuschicken — kurz nach menschlichem Ermessen ist diesmal
ein Werk zustande gekommen, das, wenn es auch viele
Interessen schmerzhaft genug berühren wird, doch dem
Reiche gibt, was es in diesen schweren Zeiten verlangen
muß. Der Schatzsekretär kann mit dem Reichstage —
dieser aber auch mit dem Schatzsekretär zufrieden sein.

Und das Volk, die große Masse der Steuerzahler? Es
wird wissen, daß die Summen, die ihnen noch über das
bisherige Maß hinaus abgefordert werden, auf dem Altar
des Vaterlandes geopfert werden müssen, für den heiligen
Verteidigungskampf, den es zu führen gezwungen ist. Es
werden sich Murren hingeben, was das Gesetz von ihnen
verlangt, als einen verhältnismäßig bescheidenen Beitrag
in unserm Ringen um Ehre und Dasein des Reiches.

Der Gesandtenmord in Moskau.

Geldandnis der Attentäter.

Moskau, 8. Juli.

Aber Moskau ist der Belagerungsstand verhängt
worden. Die Linksextremisten haben gestern nacht ein
Bulletin herausgegeben, in dem sie mitteilen, daß Graf
Nirbach von der Terroristenaktion der Linksextrem-
revolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung
der Regierung haben die bisher verhafteten Führer der
linken Sozialrevolutionäre, darunter sich die Evidenzowa
befindet, zugestanden, daß das Attentat mit Wissen der
Parteileitung ausgeführt worden ist, um den Bruch des
Brest-Litowsk-Friedens zu erzwingen.

Soweit bisher festzustellen, hat das Attentat und die
einstimmige Gegenrevolutionäre ausgegebene Barock-
„Krieg gegen Deutschland“ diesen viele Anhänger und
Helfer abwendig gemacht, infolgedessen besteht begründete
Aussicht, daß die Volkswirtschaft der Lage in Moskau Besseres
werden. Die über den Gesandtenmord angestellte Unter-
suchung hat weiter ergeben, daß das Verbrechen offenbar
von langer Hand vorbereitet worden ist.

Die Volkswirtschaft Herren der Lage.

Stockholm, 8. Juli.

Die gestern nacht von den linken Sozialrevolutionären
besetzte Telefon- und Telegraphenstation in Moskau ist
von den Volkswirtschaft einige Stunden später zurückerobert
worden. Die in ihren Quartieren mit Artillerie beschoßenen
linken Sozialrevolutionäre haben im Laufe des gestrigen
Tages Parlamentäre geschickt. Die Volkswirtschaft haben
bedingungslose Unterwerfung gefordert; die Sozialrevolu-
tionäre sollen sich auch mit der Aufforderung zum Streik
an die Eisenbahnen gerandt haben. Sie haben außerdem
eine Abgabe erhalten. Gerüchte, daß in Petersburg,
Jaroslavl und in anderen Städten der Rußland losge-
brochen sei, werden von der Regierung als unbegründet
bezeichnet.

Graf Wilhelm von Nirbach-Harff.

Mitte April war Graf Nirbach an der Spitze der
nach Rußland geschickten deutschen Kommission nach
Moskau entsandt worden. Es galt die Wiederaufnahme
der diplomatischen Beziehungen mit der Sow-
jetregierung und die Leitung der in Gemäch-
heit des Brest-Litowsk-Friedensvertrages auf-
genommenen Aus-



Graf v. Nirbach

war zu Nirbach am 2. Juli 1871 als Sohn des verstorbenen
Kammerers Grafen Ernst v. Nirbach und der Gräfin
Wilhelmine v. Han und Hohenstein geboren und hatte
sich seit etwa 18 Jahren auf den verschiedensten diplo-
matischen Posten bewährt. Während des Krieges wurde er

nach Athen entsandt, wo er erfolgreich tätig war, bis der
Völkerrechtsbruch der Entente die Botschaftsangehörigen
zur Abreise aus Athen nötigte.

Die Haltung der Sowjet-Regierung.

Unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von
dem Attentat in Berlin sprach der erkrankte Vertreter der
Sowjet-Regierung, Joffe, seine Entrüstung und sein Beileid
aus. Wenige Stunden später veröffentlichte die Berliner
russische Post eine Erklärung, in der sie das
Attentat als terroristischen Akt brandmarkt und der Hoff-
nung Ausdruck gibt, daß dieser empörende und beklagens-
werte Fall auf die Beziehungen zwischen Deutschland und
Rußland keine Rückwirkung haben wird.

Der „Schreckensmann“ Sawinkow.

Urheber des Mordmordes und Mittelsmann zwischen
der Entente und den Sozialrevolutionären ist der „Sozial-
revolutionäre der Tat“, Boris Wiktorowitsch Sawinkow, der
unter Kerenski Kriegsminister war. Sawinkow war Leiter
der „Kampfororganisation“ der Sozialrevolutionäre und
leitete die politischen Mordmorde gegen den General Min,
gegen den Minister Plehwe und gegen den Großfürsten
Sergius in Moskau, ferner organisierte er Anschläge gegen
den Admiral Dubalow und den Czaren. Wegen der Teil-
nahme am Attentat gegen den Kommandanten der Festung
von Sebastopol, General Repjuchew, wurde Sawinkow im
Jahre 1906 verhaftet. Am Vorabend der Vollstreckung des
Todesurteils konnte er entfliehen, und im Jahre 1907
begab er sich nach dem Auslande, wo er für die russische
Revolution Propaganda machte. Im April 1917 kehrte er
nach Rußland zurück und wurde, obgleich er niemals eine
Militärtruppe unter Kerenski Kommandeur der ganzen
Schwedensfront, Kriegs- und Marineminister. Kerenski
traute ihm jedoch nicht und entließ ihn bald, angeblich
weil Sawinkow mit Kornilow sich gegen Kerenski ver-
schoren hatte. Nach dem Brest-Litowsk-Frieden begab sich Sawinkow
wieder gegen das Deutsche Reich.

England der Anstifter.

Als Graf Nirbach nach Abschluß des Friedens von
Brest-Litowsk die Ehre zugewiesen erhielt, als erster
diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches bei der
sozialistischen Sowjet-Republik nach Moskau zu gehen,
wachten wir alle wie er, wie heiß der Boden war, der ihn
erwartete. War doch der Begriff der staatlichen Autorität,
der für uns Unterordnung des einzelnen Bürgers unter
die Gebote und Erfordernisse der staatlichen Gewalt ist,
in der vollen Wille in Verfall geraten. In der letzten
Klassen und der Schichten der Bevölkerung unter einander
während der einjährigen Dauer der „glorreichen“ Revo-
lution vollständig verloren gegangen. Es waren also in
erster Linie innere Gefahren, mit denen der zusammen-
gebrochene Staat zu rechnen hatte. Inzwischen zu ihnen ge-
stiegen sich bald auch äußere Mächte.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben ge-
lehrt, daß die Entente auf dem Grabe aller ihrer stillen
Hoffnungen ihr Spiel noch nicht verloren gibt. Die Eng-
länder sind an der Nordküste des Reiches aufmarschiert, allen
Protesten zum Trotz. Gerade in diesem Augenblick stehen
sie nun auch in Moskau ihre Minen springen. Es war
längst kein Geheimnis mehr, daß sie sich der inner-
politischen Gegner der Volkswirtschaft für ihre eigenen
gemeinen Nachpläne bedienten; nur konnte man
nicht voraussehen, wie beschaffen die Aufträge sein
würden, die sie ihnen um stinkenden Lohn
anvertrauten. Ein Gesandtenmord — was will das be-
sagen bei einer Nation, die ihre Baralombelben traurigen
Angedenkens noch mit Orden und Ehrenzeichen schmückt!
Zumal wenn es sich um den Vertreter des Deutschen
Reiches handelt, das die Lord George und Churchill, die
Balfour und Bonar Law in amtlichen Rundgebungen auf
den Redebühnen der Menschheit verweisen, weil es die
Unverschämtheit befasse, über ein Volk wie das britische
und selbst über Wilson liegen zu wollen.

Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden: der
Verdacht, die schreckliche Mordtat in Moskau veranlaßt zu
haben, geht auf das Konto Englands. Ohne Zweifel:
der Gesandtenmord leitet eine neue Epoche unserer Be-
ziehungen zu Rußland ein. Wir werden dafür zu sorgen
wissen, daß sie nicht so verläuft, wie man es sich in London
gedacht hat.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Die Frage der Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz
ist noch immer nicht geklärt. Auf die Eingabe, die der
Strelitzer Petitionsausschuss an den Großherzog Friedrich
Franz gerichtet hat, hat dieser durch das Staatsministerium
in Neustrelitz geantwortet, daß zweifellos nicht das
Strelitzer Staatsministerium, sondern der Schweriner
Landesherr als nächster regierungsfähiger Agnat zur
Ausübung der Regentenschaft berufen ist. — Wie mit Be-
stimmtheit verlautet, hat das Auswärtige Amt in Berlin
die Beförderung der Eingabe des Strelitzer Petitions-
ausschusses an den in Rußland lebenden Herzog Karl
Michael abgelehnt.

✱ In der letzten Reichstags-Sitzung hat Staatssekretär v. Balthow die Einführung fleischloser Wochen angekündigt. Die Maßnahme soll, wie dazu verlautet, für drei Monate in der Weise durchgeführt werden, daß in jedem Monat eine fleischlose Woche eingeführt und außerdem die Grundration um ein geringes herabgesetzt wird. So gering das von dem einzelnen darauf zu bringende Opfer an und für sich ist, so bedeutend ist die Gesamtwirkung dieser Maßnahme. Denn die für den einzelnen nur geringe Ersparnis beträgt für Deutschland in einem Vierteljahr weit über 300 000 Taler und vermehrt täglich unsere Erzeugung an Mollereierzeugnissen um etwa 75 000 Kilogramm Milch oder um ungefähr 55 000 Kilogramm Butter.

Großbritannien.

✱ Die neuesten englischen Kriegs- und Verrückungsreden bewegen sich in den alten Bahnen. So sprach der britische König von einem „sclupellosen“ Feind, der durch seine U-Boote einen „bislang unbekannten Terrorismus“ in der Seefahrt ausübt. „Der Feind“, so hieß es, „ist ein Verrückter, der die Vorkriegsgründe“ hervorgerufen haben. Er ist entschlossen, einen siegreichen Frieden zu erkämpfen. „Honorum causa“, wie es hieß, „sollen die kleinen Nationen sehen die deutschen Soldaten als Übermenschen an. Der Weg zum Frieden führt nur über den Sieg. Lord George schließlich erzählte amerikanischen Truppen: Deutschland kann morgen Frieden mit den Vereinigten Staaten, Frankreich und England haben, wenn es die vom Präsidenten Wilson ausgeprochenen Bedingungen annimmt. D. h., sich vernichten läßt, wie es Wilson noch in seiner letzten Rede forderte.

✱ Aus englischen Blättern läßt sich große Besorgnis über Unruhen in Kanada und Südafrika. Die Einführung der Wehrpflicht muß in Kanada zu regelrechten Religionskämpfen geführt haben. Man erzählt aus Andenken der englischen Presse, daß ein Zeitschriftenhändler in Toronto gestürzt worden ist, um die Insassen zum Wehrdienst zu zwingen. Der Angriff hat natürlich die katholische Bevölkerung sehr erregt und zu politischen Auseinandersetzungen geführt, die wahrscheinlich auch Änderungen in der Regierung nach sich ziehen werden. Dazu steht Kanada vor einem Generalstreik der Eisenbahner. In Südafrika scheint die Wehrpflicht ebenfalls zu Unruhen geführt zu haben. Botschafter hat bereits Verabredungen mit der Südafrikaner gemacht, und der „Manchester Guardian“ fordert die britische Regierung auf, endlich dem englischen Volk reinen Wein über Art und Umfang der Unruhen in den ehemaligen Vorkriegsrepubliken einzuschenken.

Rumänien.

✱ Die Stimmung in Rumänien ist jetzt, nachdem der Friedensvertrag von Senat und Kammer gutgeheißen worden ist, in allen Bevölkerungsschichten zusehends. Das Regierungsblatt „Steagul“ faßt die Meinung aller Patrioten dahin zusammen: „Die Rumänen haben die erste ihrer drei großen Aufgaben erfüllt und jetzt, wo Rumänien sich auch formell wieder in die Reihe der neutralen Staaten gestellt hat, wird das Parlament an die Verwirklichung der beiden anderen Aufgaben schreiten können, und zwar Feststellung der Verantwortlichkeit für den unglücklichen Krieg im Hinblick auf die direkten Strafen und Stellung der Bundes auf dem Wege der Verbesserung der bestehenden Einrichtungen sowie Durchführung verfassungsmäßiger Reformen. Das rumänische Volk wird sicherlich mit dem Gefühl der Erleichterung und Freude die Ratifizierung des Friedens begrüßen, der nutzlosen Opfern ein Ende machte und die Vereinigung Rumäniens mit Beharrlichkeit herbeiführte. Jene, die diesen wohlthätigen Frieden traktierten, haben sich um das Vaterland verdient gemacht.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 8. Juli. Auf ein Ergebnistelegramm der schweizerischen Mitternacht antwortete der Kaiser u. a.: „Gott wird dem deutschen Vaterlande die Kraft geben, sich siegreich zu behaupten und die ihm anvertrauten Glieder in sicheren Schutz zu nehmen.“

Berlin, 8. Juli. Der Bundesrat beschloß, die bisherigen

Verordnungen über die Kartoffelverföhrung im Wirtschaftsjahr 1918/19 mit geringfügigen Änderungen beizubehalten.

Kopenhagen, 8. Juli. Der deutsche aus 16 Mitgliedern bestehende Ausschuss, der die Verhandlungen über den deutsch-dänischen Handelsverkehr führen soll, ist hier eingetroffen.

Warschau, 8. Juli. Polens zukünftige Verfassung wird aus einem Ober- und Unterhaus bestehen. Das Wahlrecht soll gleich, allgemein und geheim sein.

Moskau, 8. Juli. Der Sowjet hat beschlossen, die den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewits angehörigen Mitglieder aus seiner Körperschaft auszuschließen.

Osaka, 8. Juli. Amerikanische Truppen haben die Hauptorte der Republik Panama besetzt, angeblich, um die Ordnung wiederherzustellen, trotzdem es vorher nicht zu Unruhen gekommen war.

Osaka, 8. Juli. Die Königin hat die deutschen und später die russischen Delegierten der Gefangenen-Konferenz in Japan empfangen.

Rühlmanns Rücktritt genehmigt.

Admiral v. Dintze Nachfolger.

Berlin, 9. Juli.

Eine Sonderdepesche des W. T. U. meldet: Wie inoffiziell verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Rühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, Admiral von Dintze, genannt, eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

Die Rühlmann-Krise, die ihren Höhepunkt durch die Angriffe gegen den Staatssekretär infolge seiner Reichstagsrede über die Dittfragen erreichte, war kaum anders zu lösen, als durch den Rücktritt Rühlmanns, den man allgemein nur als eine Frage der Zeit ansah. Einer späteren Geschichtsschreibung wird es vorbehalten sein, die tieferen Gründe aufzuzeigen, die letzten Endes den Sturz von Rühlmann herbeigeführt haben. Als in dem Rühlmann-Prozess die Vertagung ausgerufen wurde, waren Eingeweihte sicher, daß der Staatssekretär das Ende des Prozesses nicht mehr im Auge abwarten werde.

Der neue Staatssekretär des Außern.

Paul v. Dintze ist am 18. Februar 1884 als Sohn eines bürgerlichen Kaufmanns in Schwedt a. O. geboren. Er ist nicht aus der diplomatischen Karriere, sondern aus der Marine hervorgegangen. Der Gesandte v. Dintze gilt von seiner Tätigkeit in Petersburg her als ein besonders guter Kenner der russischen Verhältnisse. Es geht ihm der Ruf eines umsichtigen, vor allen Dingen außergewöhnlich energischen Diplomaten voraus. Wie verlautet, hat im Hauptquartier eine längere vertrauliche Besprechung zwischen dem Reichsfanzler und dem künftigen Staatssekretär stattgefunden, bei der sich die völlige Übereinstimmung über die Fortführung der bisherigen Politik zwischen den beiden Staatsmännern ergab. Von amtlichen Kreisen nahe-



Staatssekretär v. Dintze.

stehender Seite wird endlich noch Wert auf die Feststellung gelegt, daß Herr v. Dintze parteipolitisch in keiner Weise festgelegt sei und daß alle in dieser Beziehung verbreiteten Gerüchte falsch seien. Wenn also hier und da

behauptet wird, der Wechsel im Auswärtigen Amt sei auch ein Kurswechsel hinsichtlich der Dittfragen, so ist diese Meldung unzutreffend.

Im Zusammenhang mit der politischen Lage ist bemerkenswert, daß erst vor einigen Tagen eine Einigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien standgefunden sein soll. Die Rede Scheidemanns am Mittwoch letzter Woche hatte, wie verlautet, weitere Zugeständnisse, als zuerst angenommen wurde, und Herr v. Beyer hatte bei einem Übergang der Sozialdemokraten die Opposition seinen Rücktritt angekündigt. Durch die Mitteilung des Sentrums wurden die Gegensätze wieder überbrückt und Herr v. Beyer gab daraufhin die Rücktrittsabsichten wieder auf.

Rühlmanns Rücktritt und die Parteien.

Berlin, 9. Juli.

Auf die Nachricht vom Rücktritt des Staatssekretärs v. Rühlmann wurde die heutige Vollversammlung des Reichstags um 12 Uhr unterbrochen. Die Unterbrechung dauerte zwei Stunden. In der Pause fanden interfraktionelle Beratungen der Mehrheitsparteien statt, an denen Nationalliberalen nicht teilnahmen. In parlamentarischen Kreisen hat Herr v. Rühlmanns Rücktritt durchaus überraschend gewirkt, da noch am Abend der Vizekanzler v. Beyer versichern zu hören glaubte, daß das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs abgelehnt werden würde. Die Sozialdemokraten erklärten, daß durch den Rücktritt eine neue Lage geschaffen sei, und daß sie deshalb die Kriegskredite ohne weiteres bewilligen könnten. Einen endgültigen Beschluß darüber werden sie erst heute Abend fassen.

Was die Haltung der Parteien betrifft, so sind sich die Nationalliberalen abwartend; sie wollen nun feststellen, wie Herr v. Dintze, der zum Nachfolger stellen wird. Die Polen werden die Kreditvorlage ablehnen oder sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Unter den Sozialisten sind die Ansichten geteilt: während die einen die Staatshaushalt verabschieden wollen, möchten andere abwarten, welches Programm Herr v. Dintze entwickeln wird. Man rechnet damit, daß letzterer Hauptauftrag erklären wird, daß er keineswegs orientiert sei. Ob nach all den gedachten Umständen in Aussicht genommene Vertagung des Reichstags am Donnerstag stattfinden können, ist einstweilen noch fraglich.

Deutscher Reichstag.

(189. Sitzung.) Berlin, 8. Juli.

Nach kurzer Aussprache hat heute der Reichstag die Verlängerung der Wahlperiode um ein weiteres Jahr beschlossen. Nur die Unabhängigen Sozialdemokraten haben durch ihre Redner erklärt, daß sie die Vorlage ablehnen. Ohne Aussprache stimmte das Haus auch der Verlängerung des elbschleibingischen Landtages zu. Der breiten Raum nahm dann die Erörterung über die Reichstagswahlreform, d. h. die Vermehrung der Reichstagsmandate ein.

Sitzungsbericht.

Am Tisch des Bundesrats: v. Beyer. Präsident Gehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Minuten. An Stelle des erkrankten Abg. Dr. Neumann (Bd.) und des verhinderten Abg. Dr. Beyer (Bd.) in zu Stillschreitern gewählt die Abgg. Dr. Beyer (Bd.) und Dr. Pfeiffer (Bd.).

Verlängerung der Wahlzeit.

Abg. Scheidemann (Soz.): Diese Verlängerung der Mandatsdauer ist uns natürlich unangenehm, und wir werden uns äußerst bemühen, weil wir von ihnen eine „Verlängerung“ unseres Einflusses erhoffen. Sie sind aber möglich.

Abg. Albrecht (Bd.): Wir leben die Vorlage der Reichstagswahlreform an, daß man auch in der

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

3) Nachdruck verboten.

Und an dem verwunderten Zugführer vorüber, dem der Offizier ein paar Silberstücke gleichsam als Schweigegeld in die Hand drückte, schritten beide auf ihr Abteil zu. Sie nahmen ihre alten Plätze ein und der Hauptmann begann das Gespräch: „Um eine Gefälligkeit möchte ich Sie gebeten haben: Veröffentlichung Sie die Geschichte nicht; das wäre doch außerordentlich peinlich für mich.“

„Sie treten!“ widersprach der Zeitungsmann. „Das wird Ihren Ruhm noch vergrößern! Lassen Sie mich nur machen! Sie werden Ihre Freude daran erleben. Wollte Gott, alle unsere Offiziere wären Spionen gegenüber so vorsichtig!“

„Sie tun mir zuviel Ehre an. Mich hat ja nur der brave Dumphrey in Rotterdam vorsichtig gemacht. Abgesehen — er sagte sich wie in plötzlicher Erleuchtung an die Stirn — Dumphrey scheint dem Artikel im „Telegraph“ nicht ganz fern zu stehen... aber freilich, schließlich konnte der Dursche die Einzelheiten nur von ihm haben und... jetzt fällt's mir wie Schuppen von den Augen... an Dumphrey haben Sie sich vermutlich gewendet, um zu erfahren, wann und mit welchem Schiff ich hier einträte. Dann sind Sie mit entgegengefahren, um für Ihre Zeitung eine möglichst zugkräftige Unterhaltung zu erlangen, und statt dessen hat Sie der Erwartete wegen Spionageverdachts festnehmen lassen.“

„Ihre Logik in allen Ehren. Was Sie vermuten, dürfte in der Tat zutreffen. Aber ich führe jetzt wirklich nicht im Auftrag meiner Zeitung, sondern ohne Scherz im Auftrag von Lord Southbriffe persönlich.“

„Und wer ist Lord Southbriffe, wenn die Frage ver-

stattet ist?“ Der andere glanzte einen Augenblick, er wurde zum besten gehalten. Er war vor Staunen starr. „Was? Sie kennen Lord Southbriffe nicht? Das heißt ja Petroleum brennen und Rockefeller nicht kennen. Lord Southbriffe ist der mächtigste Mann in England. Er ist unser heimlicher König. Fast alle Londoner Zeitungen gehören ihm. Keinen Minister gibt's bei uns, der sich halten könnte, wenn er Lord Southbriffe nicht genehm wäre. Wenn Lord Southbriffe wünscht, daß wir Krieg führen, so führen wir Krieg;

wünscht er die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, so wird die Wehrpflicht eingeführt; wünscht er, daß wir uns mit Deutschland vertragen, so ist übermorgen Frieden.“

„Verzeihen Sie, bei alledem ist mir nicht recht klar, welchen Anteil gerade ein Mann von der Bedeutung des Lords an meiner Version nehmen kann.“

Der Journalist wiegte bedächtig das Haupt. „Ich bin darüber leider nicht unterrichtet. Vielleicht bedarf er Ihrer zu irgendeinem politischen Zweck. Ich habe Ihnen jedenfalls die Einladung des Lords zu überbringen. Er bittet Sie durch mich, kein Gast zu sein.“

Der Hauptmann schüttelte den Kopf in die Hand. Der Teufel mochte aus diesem Journalisten und seinem Auftraggeber Flug werden. Seine Buge strakten sich. Dann fragte er zögernd:

„Verzeihen Sie mir meine Neugierde! In welchem Verhältnis stehen Sie eigentlich zu Lord Southbriffe?“

„Atterley lachte bitter auf. „Ich bin sein und Lady Ediths Sklave!“

Und als er das Erlaunen des jungen Offiziers bemerkte, fuhr er fort:

„Bitte, nehmen Sie das ruhig wörtlich und erlauben Sie es mir, Ihnen die Gründe auseinanderzusetzen.“

„Wer ist Lady Edith?“ forschte Langford weiter. Ihm klang das Pathos des anderen reichlich gemacht; er liebte die theatralische Geste an fremden Menschen nicht; es schien ja fast, als sei Atterley nur halb zurechnungsfähig, auf alle Fälle ein sonderbarer Mann.

Der Journalist beugte sich vor und sah den Hauptmann scharf an.

„Möglich auch“, meinte er, ohne dessen Frage zu beantworten, daß der Gedanke, Sie zu Gast zu bitten, von ihm stammt. Vielleicht braucht Sie wieder ein frisches Opfer auf ihrem Altar.“ Seine Stimme klang höflich und trübend. „Vielleicht“ — fuhr er fort — „will sie mit Ihnen prunken: Der Held des Tages in Lady Ediths Hofstaat!“

Der junge Offizier war sichtlich peinlich berührt. Das Erlebnis begann ihn zu ärgern. Wie kam der wildfremde Mensch dazu, in so plump vertraulichem Tone sich mit ihm anzubiedern? Und wie kam ein Lord dazu, ihm durch einen Menschen von so schlechten Manieren eine Einladung überbringen zu lassen? Er suchte dem Gespräch eine andere Wendung zu geben. „Der Held des Tages? Ich finde,

daß die Leute viel Aufhebens von einer belandeten machen.“

„Lad und Teufel!“ verlor Atterley mit bitterem Spott. „Wir haben bis jetzt an unserm Krieg so viel Freude erlebt, daß uns das bishen Jubel über den Feindemut wohl zu gönnen ist.“

Und als Langford schwieg, fuhr er fort: „Ja, Sie sind neugierig, wer Lady Edith ist. Lady Edith ist die Tochter und im übrigen das schönste, verführerischste und — gefährlichste Weib der vorerzählten Adressen. Wie soll ich Ihnen das ausdrücken, ich will fast sagen: eine schuldlos-schuldige Reifungs-Natur, die wohl ein Duzend Männer schon anlässlich der einen wie der anderen in die Irre geführt hat.“

Und dann fügte er so leise hinzu, als rede er mit selbst: „Ich...“

Der Hauptmann fand Atterleys Benehmen untafflos. Er haßte alle Menschen, die im Verleumdung dritten Personen nicht Zurückhaltung zu üben vermögen und gleich jeden, der ihnen in den Weg fiel, in allerhöchsten Geheimnisse einwickelten. Ihm fiel aber ein in des Journalisten Bag angegeben war, er sei verheiratet. So bemerkte er nur teilnahmslos:

„So? Ich dachte, Sie seien verheiratet.“

„Das ist mein Unglück!“ gab der andere zurück. Eine Weile herrschte Schweigen.

Der Zug fuhr bereits durch den Nordostteil des bayerischen Staats und die hohen Steinwände waren Schall drei- und vierfach zurück.

Atterley richtete sich auf. „Sind Sie geneigt, die Gastfreundschaft des Hauses Southbriffe zu akzeptieren?“

Fortsetzung folgt.

Ein Millionenschmuckstück gestohlen. Dem in Paderborn ist nach Paderborner Blättern ein Schmuckstück aus dem größten Familienschatz gestohlen worden. Es stellt eine Brosche dar, die einen von Brillanten gebildeten Saphir von Hühnergröße enthält, und ist Geschenk des Joren Alexander I. an die Familie.

Wert wird auf Millionen beziffert.

Ein Künstler in Not. Der berühmte russische Maler Alexin, ein Freund Tolstois, befindet sich in bitterster Not. Der hochbetagte Künstler, der sich in einem Schloß an der russisch-finnischen Grenze aufhält, ist buchstäblich Gefahr, Hungers zu sterben.

Die Verlängerung der Mandatsdauer verläßt den Krieg und ist überdies verfassungswidrig und die Vorlage wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ohne Ausdrucks des Gelehes über die Verlängerung der Mandatsdauer des Landtages für Elsas-Lothringen.

Die Reichstagswahlreform.

Die zur zweiten Lesung stehende Vorlage vermehrt die Zahl der Reichstagsmandate für die Wahlkreise Berlin auf 10, auf 7, Hamburg auf 5, Bochum und Leipzig auf je 4, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederrhein und Dresden auf je 3 und Frankfurt a. M., Düsseldorf, Elberfeld, Hannover, Stuttgart, Königsberg, Sinsheim, Kiel, Neudamm, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim, Bremen auf je 2.

In all diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl durch die allgemeine Liste eingeführt.

Hr. Landtag (Soz.): Gegenüber den Wahlrechtsänderungen in manchen anderen Ländern ist diese Form nicht mangellos. Und selbst da erklärt die Regierung noch, man nicht darüber hinausgehen. Wo bleibt das Frauenwahlrecht? Wir beantragen die allgemeine Verhältniswahl. **Hr. Dr. Müller-Meiningen (Fortf. Sp.):** Wir halten den Ausschussbeschlüssen fest. Als einen besonderen Fortschritt begrüßen wir den im Ausschuss angenommenen neuen, der automatisch die Zahl der Mandate um ein weiteres erhöht, sobald sich die Einwohnerzahl der größten Städte auf 100 000 Seelen vermehrt hat.

Hr. Dr. Weizsäcker (Zentr.): Wir halten unseren Widerstand den 5. da aufrecht. Er ist ein Sprung ins Dunkle. Von da zu Zeit müßte, und zwar durch den Reichstag, geprüft werden, ob sich dieser Versuch bewährt. Wie wird die Sache, wenn sich die Einwohnerzahl vermindert?

Hr. Graf Westarp (Soz.): Wir lehnen die Vorlage ab. Vom Ausschuss angenommene Änderung bedeutet eine völlige Verdrängung der großen Städte und der organisierten Arbeiterklasse. Wir sind grundsätzlich gegen die Verhältniswahl. Der Verzicht auf die Wahl von einer Probe aus muß geschehen. Das kann doch nur bedeuten, daß das unter Umständen auf das ganze Reich ausgedehnt werden soll. Auch im einzelnen haben wir schwere Bedenken. **Hr. Landtag (Soz.):** Ich kann nicht abgeben, daß ich meine Erklärungen von damals den Entschiedenheiten der Regierung, die vielleicht in Jahrzehnten in Aussicht genommen, noch auch, daß ich das Geheimnis aus der Hand gegeben hätte, als beabsichtigte die Regierung schon jetzt die Ausdehnung des neuen Gesetzes. Das letztere trifft für die Regierung noch für meine Person zu.

Hr. Dr. Herzfeld (M. Soz.): bekämpft die Vorlage, die die Interessen der arbeitenden Klasse nicht gerecht werde. **Hr. Landtag (Soz.):** meint, daß die Verhältniswahl gerecht wirken könne, wenn sie überall eingeführt wird. **Hr. Dr. Westarp (Soz.):** Die Vorlage will ein Unrecht ausheben, indem sie Millionen Staatsbürgern, um die sich die Regierung des Reiches vermehrt hat, nun auch politische Rechte gewährt.

Hr. Dr. Westarp (Soz.): beharrt dabei, daß zwischen den einzelnen Regierungen und dem Reichstag ein Widerstand bestehe.

Hr. Landtag (Soz.): v. Bahr bestreitet das.

§§ 1 bis 5 werden darauf angenommen.

§ 6 wird in namentlicher Abstimmung mit 158 Stimmen gegen 130 Stimmen angenommen.

Der Rest der Vorlage unter Ablehnung aller Abänderungen, bezw. Wiederherstellungsanträge in der Fassung des Ausschusses.

Es folgt der Bericht des Hauptauschusses über die Organisationsfrage in der Marine. Die Redezeit ist auf Befehl des Reichstages auf eine halbe Stunde für den Redner beschränkt. Es handelt sich um die bekannten Punkte auf Regelung des Anstellungs- und Beförderungswesens.

Hr. Trimborn (Zentr.): Die neue Organisation des Marinepersonals in der Marine muß jetzt im Krieg vorbereitet werden. Die Klagen gehen namentlich dahin, daß die kontrollierenden Beamten von den Arbeitern, die zu kontrollieren sollen, keine Ahnung haben. Die Uniformfrage hat keine Rolle gespielt; im Ausschuss hatte man für diese nur ein Vorschlag.

Hr. Stahl (Soz.): bespricht Wünsche der höheren technischen Beamten, der Verwaltungsfunktionäre und der Staatsbeamten in den Munitionsfabriken, vor allem in Spandau.

Nach weiterer Aussprache verläßt sich das Haus auf die Tagesordnung stehen die Kreditvorlagen.

Starke feindliche Angriffe gescheitert.

Angriffen des Wollischen Telegraphen-Bureaus

Großes Hauptquartier, 9. Juli.

Der Kriegsschauplatz.

Deutscher Kronprinz Rupprecht.

Endlich des La-Basse-Ruault wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, aus dem Nordufer der Somme, starke Angriffe des Feindes abgewiesen.

Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweise wieder große Stärke an.

Deutscher Kronprinz Rupprecht. Westlich von Arras (südwestlich von Ronen) haben sich heute früh heftigster Feuer drückende Angriffe des Feindes entzündet.

Im Walde von Villers-Cotteret scheiterten Teilangriffe der Franzosen in unserem Kampfgelände.

Weitern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Leutnant Villik errang seinen 23. und 24. Leutnant Schell sein 21. Luftsiege.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Im beschossenen Paris.

Die im letzten Pariser Bezirk sowie im Boulogner Stadtteil und im Vincennes Wald bestehenden unterirdischen Bunker werden als Zufluchtsstätten des Alarm eingerichtet. **„Temps“-Artikel** über das gegenwärtige Pariser Bild sowie in feilschenden Schilderungen wird behauptet, daß die Auswanderung des Gesamtvolkes bedroht sei, aber die Zahl der auswandernden Familien betragsmäßig genügt, um Paris den Charakter einer Festung zu sichern. Auf den Großhandel wirkt das Verbot der Regierung, französische Banknoten und Wertpapiere auszuführen, ungünstig. Dem Schleichhandel setzen neue, ergiebige Einnahmequellen entgegen.

Qualitative Bomben auf holländisches Gebiet.

Das niederländische Korrespondenzbureau meldet am 11. und 12. Juni am Mittelnacht von einem Bombenanschlag, daß sich über Elstus befand, eine Bombe abgeworfen, die auf offenes Land fiel, ohne erheblichen Schaden anzurichten. Die Untersuchung ergab, daß es sich um eine englische Bombe handelte. Der holländische Regierung mit allem Nachdruck gegen die neue Verletzung holländischen Gebietes zu protestieren.

Italien fürchtet eine neue Offensive.

Die Schweizer Blätter berichten, erzählen Überläufer aus Italien, daß dort wieder mit einer neuen österreichischen Offensive gerechnet wird. Die Blätter gehen nicht mehr in ihr Bett zurück, doch nimmt man nicht an, daß der neue österreichische Vorstoß hier, sondern an einer anderen Stelle erfolgen werde. Die Nervosität in Italien wird durch derartige Gerüchte, die überall Glauben finden, wieder gesteigert. Sie läßt sich auch durch die phantastischen Gefangenenziffern nicht mindern, die der italienische Generalstab veröffentlicht. Der 28. Juli Gefangene ist ein Hingespinn. Nach einer amtlichen Wiener Erklärung sind seit Beginn der Schlacht in Venedig 15 000 Mann gefangen genommen worden. Demgegenüber beläuft sich die Zahl der in die Hände der österreichisch-ungarischen Truppen gefallenen Italiener bekanntlich auf weit über 50 000.

Deutsche Seeflieger vor der Themse.

Zwei englische U-Boote schwer beschädigt.

Berlin, 8. Juli.

Ausschlag wird gemeldet: Am 6. Juli haben mittags zwei Staffeln der Seeflieger des Marinekorps unter Führung von Oberleutnant v. N. Christiansen und Leutnant v. N. Rechi vor der Themsemündung die englischen U-Boote „E 25“ und „E 51“ durch Bombentreffer und Maschinengewehrfeuer schwer beschädigt.

Feindliche Zerstörer versuchten die beiden U-Boote einzuschleppen. „E 25“ wurde zuletzt in sinkendem Zustand beobachtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

U-Boot-Deute im Mittelmeer.

Berlin, 8. Juli.

Ausschlag wird gemeldet: Unsere Unterseeboote versenkten im Mittelmeer 4 Dampfer, 3 Segler von rund 16 000 Gr.-Reg.-T.

Unsere U-Boote haben im Egeergebiet am 1. Juli 17 000 Gr.-Reg.-T. feindlichen Handelschiffes vernichtet.

Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat das von Kapitänleutnant v. Rabenau (Reinhardt) befehligte Boot, das an der Ostküste Englands 6 Dampfer, zum größten Teil aus stark gesicherten Geleitzügen heraus, versenkte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein amerikanischer Truppentransportdampfer versenkt.

Das Marineministerium der Vereinigten Staaten teilt mit, daß der Transportdampfer „Covington“ (früher „Cincinnati“) der Hamburg-Amerika-Linie, 16 339 Gr.-Reg.-T., Montag nacht auf der Heimreise im Egeergebiet versenkt wurde. Sechs Mann der Besatzung wurden vernichtet. Passagiere waren nicht an Bord. Der Dampfer hielt sich noch bis Dienstag über Wasser. Es wurde kein U-Boot gesehen.

Kleine Kriegsgeschichte.

Berlin, 8. Juli. Die Militärverwaltung Rumäniens tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1918 auf. An ihre Stelle tritt mit gleichem Zeitpunkt das Oberkommando des Heeres in Rumänien. (O. R. M.)

Wien, 8. Juli. Nach dem Kriegsgesetz wurde der Trübsen-Ferruccio Cirillo, der als Leutnant in der 1. Armee diente, dann zu den Italienern überging und von den Österreichern gefangen genommen wurde, zum Tode durch den Strang verurteilt.

Stockholm, 8. Juli. Wie verlautet, hat die Entente von den Sozialrevolutionären die Bildung einer neuen Regierung unter Kerenki und Tschwolski verlangt, die an der Murmanhälfte ihren Sitz haben soll.

Stockholm, 8. Juli. Die Gesandten der Entente sollen erklärt haben, die geringste militärische Hilfeleistung Deutschlands an Finnland würde als Bruch der Neutralität angesehen werden.

Rotterdam, 8. Juli. Wilson unterzeichnete ein neues amerikanisches Flottenbaugesetz, das 6 Milliarden Mark fordert. Es ist die größte Summe, die jemals für eine einzelne Marineausgabe bewilligt wurde.

Rotterdam, 8. Juli. Nach Amerika ausgewanderte Polen werden dort zwangsweise rekrutiert und trotz ihrer Belagerung an der Front verwendet.

Amsterdam, 8. Juli. Das „Algemeen Handelsblad“ erklärt die englische Behauptung, der Hafen von Seebrügge sei völlig gesperrt, als unzutreffend.

Jülich, 8. Juli. Im Seereschuttschiff der französischen Kammer wurden die durch den Krieg in Frankreich entstandenen schätzbaren Schäden bis April dieses Jahres mit rund 11 Milliarden Frank beziffert.

SchlupfDienst.

(Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Die fleischlosen Wochen.

Berlin, 8. Juli. Zu der Einführung von fleischlosen Wochen wird gemeldet, daß dazu zunächst die Monate August, September und Oktober in Aussicht genommen sind. In jedem dieser Monate soll eine Woche ohne Fleischabgabe vorgegeben sein. Von maßgebender Stelle wird noch dazu erklärt, daß eine Verabreichung der wöchentlichen Fleischmenge selbst auf keinen Fall zu erwarten sei.

In Erwartung der Offensive.

Jülich, 8. Juli. Das Pariser Journal läßt sich aus London von einer Persönlichkeit, die in allen militärischen Angelegenheiten gut unterrichtet ist, berichten, daß die Deutschen eine neue Offensive grössten Ausmaßes vorbereiten; die Truppenlage, die besonders dicht zwischen Reims und dem Meer gestaffelt sei, lassen keine genaue Voraussage über die Angriffsstelle zu. Die Jahreszeit sei den Deutschen günstig, und sie hätten noch viel Zeit vor sich. Sie würden da angreifen, wo man es nicht erwarte, und auch diese Offensive werde nicht ihre letzte sein.

Der wiedererfundene rumänische Staatschef.

Wien, 8. Juli. Der rumänische Staatschef, der seinerzeit nach Moskau gebracht worden war, ist dort unverändert gefunden und jetzt nach einem sicheren Ort geschickt worden.

Die Bolschewiki sind überlegen.

Genf, 8. Juli. Nach den aus Moskau in Paris eingetroffenen Meldungen entspricht die Lage in Russland keineswegs den Erwartungen, da sich die Bolschewiki-Regierung den Russen überlegen zeigt. Die letzteren hatten anscheinend auch Fühlung mit den gegen die Kiewer Regierung aufgetretenen Revolutionären.

Lebensmittelfunde in Moskau.

Stockholm, 8. Juli. Aus dem Moskauer Güterbahnhof sind bei einer unvermuteten Revision gewaltige Lebensmittelvorräte zutage gefördert worden. Mit den russischen Lebensmitteln kann ganz Moskau 13 Monate lang versorgt werden. Andere Vorräte sollen sogar für 2 1/2 Jahre ausreichen.

Kerenki's Romfahrt.

Jülich, 8. Juli. Kerenki begibt sich nunmehr, nachdem „seine Mission“ in London und Paris erledigt ist, nach Rom, um mit Sonnino Fühlung zu nehmen.

Anschluß an Amerika.

Kopenhagen, 8. Juli. Die dänische Blätter berichten, wtu die neue Sibirische Republik alle Beziehungen zu Moskau abbrechen und Anschluß an Amerika suchen.

Die „Erparnisse“ der Revolutionäre.

Bern, 8. Juli. Einem hiesigen Blatte zufolge sind bei schweizerischen Banken gewaltige Summen — man spricht von vielen Millionen — als Erparnisse russischer Revolutionäre hinterlegt worden. Sie sollen zu passender Zeit zu revolutionären Zwecken Verwendung finden.

Krisenstimmung in Spanien.

Amsterdam, 8. Juli. Reuter meldet aus Madrid: Das Spanische Parlament hat in der liberalen und sozialistischen Presse Empörung hervorgerufen, da diese Presse die Maßnahme als deutschfeindlich ansieht. Man glaubt, daß eine Kabinetskizze eintreten wird. Die Kammer beriet das Gesetz in einer sehr heftigen Ansprache, die die ganze Nacht andauerte. Der Minister des Innern antwortete auf die scharfe Kritik, die von sozialistischer Seite geübt wurde, und bestritt, daß das Gesetz als Maßnahme der Presse gemeint sei. Der Zweck sei, die unerschämte Sprache gewisser Organe gegen gewisse Staatsbeamten zu mildern. Schließlich wurde das Gesetz angenommen. Die außerhalb des Gebäudes versammelte Menge bewarf, als sie zerstreut werden sollte, die Polizei mit Steinen.

Der allgemeine Völkerbund.

Basel, 8. Juli. Nach einer Meldung aus New York richtete Wilson an die Regierungen der Verbändemächte eine Note, die zu einem gemeinsamen Aufruf an die zivilisierten Völker der Erde auffordert. Sie alle sollen erachtet werden, einem allgemeinen Völkerbund beizutreten.

Nachtritt des chilenischen Ministeriums.

Amsterdam, 8. Juli. Das chilenische Gesamtministerium ist nach einer Meldung aus Santiago de Chile, zurückgetreten.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 10. Juli.

* Die Eintrittskarten für das Ludendorff-Konzert am 14. d. M. sind bei Herrn Polizeiwachmeister Hesse sowie auf dem Bürgermeisteramt hier zu haben.

* Der Gefreite Fritz Stahl bei einer Feldluftschifferabteilung, der seit Beginn des Krieges ohne Unterbrechung im Felde steht, ist für treueste Pflichterfüllung mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden.

* Der Nassauische Städtetag tritt in der zweiten Hälfte dieses Monats in Frankfurt a. M. zu seiner fünften Kriegstagung zusammen.

Vom Westerwald, 9. Juli. Die Genernte hat auf dem Westerwald mächtig eingesetzt und wird diese Woche beendet werden. Das Ergebnis ist günstig. Durch den letzten Regen ist das Erdreich in Garten und Feld jetzt genügend befeuchtet und dem Wachstum der Kartoffeln und sonstigen Pflanzereien sehr förderlich, besonders auch für den Hafer. Roggen, Weizen und Gerste versprechen eine gute Ernte. Vielfach sieht man im Westerwald auch wieder Flachsbefestigung in den Feldern. Die Rapsernte ist beendet.

Rah und Fern.

o Die Wohnungsnot. Der Jahresbericht des statistischen Amtes über die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt im Jahre 1917 läßt eine weitere Verschärfung der bedrohlichen Zustände auf dem Wohnungsmarkt erkennen. In 22 großen Städten, für die vergleichbare Angaben vorliegen, wurden im ganzen Jahre 1917 zusammen nur noch 117 Baugenehmigungen für Neubauten von Wohnhäusern erteilt gegen 640 im Jahre 1916. o Als Vorbeugungsmittel gegen die Grippe empfiehlt Professor Kobland-Berlin das Reihalten von Nase und Mund. Die Nase wird mit schwacher Kochsalz- oder Natriumlösung, der Mund mit schwacher Thymol- oder Salicyllösung mehrfach am Tage ausgespült.

o Vom Hochwasser überrascht. Reize und Blittich führen infolge der anhaltenden Regengüsse Hochwasser, das den Ortsrichter von Reutnitz, den 70-jährigen Gutsherrn Schenke, auf der Fahrt von Wanscha nach Reutnitz überrollte, samt Pferd und Wagen mit sich. Der mitfahrende Gutsherr Bach aus Reutnitz und dessen Schwager konnten sich retten.

o Frauenmord im Eisenbahnzug. In Bochum wurde in einem Abteil zweiter Klasse eines von Essen kommenden Zuges eine offenbar den bemittelten Ständen angehörende Frau mit einem Stein in der Brust tot aufgefunden. Man nimmt an, daß es sich um einen Raubmord handelt.

o Schwere Folgen einer Explosion. Durch eine Explosion im Geschäftslokal eines Hühnerhändlers in Wien wurden große Zerstörungen verursacht und sieben Personen getötet; außerdem wurden mehrere beim Rettungswerke verletzt.

o Explosion eines französischen Munitionszuges. Auf der Fahrt nach der Front explodierte ein Munitionszug (Roban le Jussier bei Bourges (Frankreich)) im Vaucluse. Der Bahnkörper wurde schwer beschädigt. Im Bahnhof von Saint Denis flog ein Eisenbahnwagen mit Apothekermaschinen in die Luft. Es gab zehn Verwundete, bedeutender Sachschaden wurde angetan.

Die Kirche als Theater. Die städtischen Körperschaften von Hameln beabsichtigen den Umbau der architektonisch wertvollen, seit 1876 ihrem ursprünglichen Zweck entzogenen Garnisonkirche zu einem Theater und Schauspielhaus.

Schwerer Straßenbahnunfall. Beim Blodt Verchensfelder Gürtel in Wien trug sich ein schwerer Straßenbahnunfall zu. Ein Wagen wurde vollständig zertrümmert. 33 Personen wurden schwer verletzt. Die meisten davon erlitten Gehirnerschütterungen, Brüche der Gliedmaßen und Schnittwunden.

175 Personen ertranken. In Beoria (Illinois) ist ein Passagierdampfer im Nebel gegen das Ufer des Flusses gelaufen und umgeschlagen. Nach vorläufiger Schätzung sind 175 der darauf befindlichen Personen ertrunken.

Zwei schwedische Flieger verunglückt. Aus Stockholm wird gemeldet: Der Marineflieger Kapitän am See Krossfeldt, der mit Baron Geberström als Fluggast ein Flugzeug nach Finnland über die Ostsee führen sollte, wird seit mehreren Tagen vermisst. Einige Teile des Flugzeuges sind in der Nähe der Alandsinseln aufgefunden. Es steht daher fest, daß der Flieger verunglückt ist. Geberström war der erste Flieger Schwedens, Krossfeldt der hervorragendste Flieger der schwedischen Marine.

Hochwasser in Salzburg. Infolge langandauernden Regens trat in Salzburg Hochwasser ein, das größeren Schaden anrichtete. Auf der Mainaler Hauptstraße wird der Verkehr mittels Booten aufrechterhalten. Die Salzach führt halbe Brücken zu Tal. Auch andere Orte im Lande werden vom Hochwasser heimgesucht oder bedroht. An einzelnen Orten mußte der Bahnbetrieb eingestellt werden, da der Bahndamm unter Wasser stand. Auch der Traunsee ist über seine Ufer getreten. Der Gmundner Rathausplatz ist überschwemmt.

Aus dem Gerichtssaal.

154 924 Mark unterschlagen. Aus Thorn wird berichtet: Die Posthalter Julius Jablonski und Rudnicki, die auf dem Hauptbahnhof in Thorn aus vier Wertpapiersendungen 154 924 Mark in polnischen Banknoten gestohlen und in wenigen Tagen 20 000 Mark in Sektgelagen vergeudet haben, hatten sich mit dem Magistratssekretär Muzalewski, der die Umwechslung des Geldes befohlen hatte, und den Kassierinnen Wolland und Dahn vor der Thoner Strafkammer wegen Diebstahls und Hehlerei zu verantworten. Das Urteil lautete gegen Julius auf zwei Jahre, gegen Jablonski auf ein Jahr, gegen Rudnicki und Muzalewski auf je sechs Monate Gefängnis. Die Kassierinnen wurden freigesprochen.

Bermischtes.

Verdeutschung fremder Familiennamen. Während früher die Änderung eines Familiennamens auf große Schwierigkeiten bei den Behörden stieß, hat man neuerdings eine gewisse Erleichterung eintreten lassen. So hat man namentlich polnischen Familien, die seit längerer Zeit im niederrheinisch-westfälischen Gebiet ansässig sind, die Annahme deutscher Namen gestattet. Es gibt aber noch eine Menge Familien mit slavischen, französischen und anderen fremdsprachigen Namen in Deutschland, deren Träger längst ganz deutsch sind und vielleicht selbst ihren Namen nicht mehr richtig aussprechen können. Diesen sollte man ohne weiteres die Annahme deutscher Namen gestatten.

Genabgabe!

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landwirte nach der Größe ihrer bewirtschafteten Fläche zur Abgabe von Steuern für die Kreisverwaltung herangezogen werden. Es wird daher dringend davor gewarnt, ohne diesseitige Zustimmung im Wege des Handels Steuern abzugeben.

Hachenburg, den 10. 7. 1918. Der Bürgermeister.

Fleischkarten-Ausgabe

am Donnerstag, den 11. Juli 1918, am Bürgermeisteramt.

Nr. 1-250 von nachmittags 3-4 Uhr

251-Schluß 4-5

Hachenburg, den 10. 7. 1918. Der Bürgermeister.

Eg. Nr. A. H. 6394. Marienberg, den 2. Juli 1918.

Bekanntmachung.

Der Kreisrat hat nach Anhörung der Preisprüfungsstelle den Preis für Wurst auf M. 1,20 pro Pfund erhöht.

Der Vorsitzende des Kreisratsschusses.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 8. 7. 1918. Der Bürgermeister.

Fleischverkauf.

Die Abgabe des Fleisches erfolgt in dieser Woche wie nachstehend angegeben:

An die Einwohner der Stadt am Freitag, den 12. Juli	
vorm. 8-9 Uhr an die Jüd. der Fleisch.	1-50
" 9-10 " " " " " " "	51-100
" 10-11 " " " " " " "	101-150
" 11-12 " " " " " " "	151-200
nachm. 1-2 " " " " " " "	201-250
" 2-3 " " " " " " "	251-300
" 3-4 " " " " " " "	301-350
" 4-5 " " " " " " "	351-400
" 5-6 " " " " " " "	401-450
" 6-7 " " " " " " "	451-Schluß

bei dem Bürgermeisteramt hier.

Die Abgabe an die Landbevölkerung erfolgt beim Bürgermeisteramt Gersheim hier am Freitag, den 12. Juli von 8 Uhr vormittags ab.

Hachenburg, den 10. 7. 1918. Der Bürgermeister.

Papierservietten, glatt und gepreßt
Pergamentpapier in Rollen und großen Bogen

empfehlen
Buchhandlung Ch. Kirchhölzel, Hachenburg.

Notwohnungen in Leipzig. Zur Beschaffung von Notwohnungen für den Fall einer Wohnungsnot nach dem Kriege hatte der Rat der Stadt Leipzig bei den Mitgliedern der einzelnen Hausbesitzervereine eine Umfrage veranstaltet. Auf diese Umfrage sind 1250 Wohnungen, darunter 200 Notwohnungen, angemeldet worden. Die Wohnungen sind in den für die Stadt Leipzig genehmigten Bebauungsplänen und Ortsgelegen nicht zugelassen, oder sie entsprechen den Vorschriften nicht, die das Baugesetz und die Ortsgelegen an solche Wohnungen stellen. Um nun recht bald zu dem Ziele zu gelangen, diese Wohnungen, soweit sie zu Bedenken keinen Anlaß geben, zum Besetzen freizugeben, hat der Rat ein neues Ortsgesetz für Notwohnungen aufgestellt.

Eisenbahnbibliotheken. Die dänische Aktiengesellschaft für Eisenbahnverkehr hat im Verein mit dem dortigen Schriftstellerverband eine neuartige Aktion in die Tat umgesetzt. In diesen Tagen werden zum ersten Male in den Abteilen erster und zweiter Klasse moderne Bücher zur allgemeinen Benutzung aufgelegt. Belegt es sich, daß die Neueinrichtung Anklang findet, so soll sie auch auf die dritte Klasse ausgedehnt werden.

Der Trompeter in den Lüften. In Gotha fand aus Anlaß der Goldwoche ein Promenadenkonzert statt, bei dem das Publikum durch ein Trompetensolo aus der Luft überrascht wurde. Kurz vor 7 Uhr erschien ein Flugzeug, das die Kapelle mit dem Liebeslied „Was kommt dort von der Höh?“ begrüßte. Als Antwort wurde von oben das Posthorn geblasen. Wiederholte die Kapelle ein und ließ die Weiße ertönen: „Ich glaube, ich glaube, da oben fliegt 'ne Taube, sie kommt aus einem deutschen Nest, wenn sie bloß nichts fallen läßt.“ Aus dem Flugzeug wurden nun zwei Pakete mit Postkarten als Flugpost herabgeworfen. Das Flugzeug machte noch einen Stillsitz und verschwand dann in den Lüften.

Versteuerte Preise. Die ungarische Regierung hat sich zu scharfen Maßnahmen gegen die unerhörten Preiserhöhungen in den ungarischen Badeorten, besonders am Lattensee, entschlossen. In welchem hohem Maße der Wohnungs- und Lebensmittelmangel in den Bädern herrscht, geht aus der Tatsache hervor, daß in Stot für ein Zimmer pro Monat 2500 Kronen verlangt werden, und dreizimmerige Wohnungen für 6000 bis 12000 Kronen vermietet wurden. Ein Liter Milch kostet 3 Kronen, ein Aufschnitt 40 Kronen, eine Fleischportion 20 Kronen. Für die Miete einer Badekabine am Strand werden 400 bis 500 Kronen verlangt. Es wird demnach eine Preisverordnung erlassen, die die Preise und Wohnungspreise sowie die Speisepreise in sämtlichen Badeorten Ungarns regelt. Diese Verordnung wird rückwirkende Kraft haben, so daß die Hoteliers und Vermieter gezwungen sein werden, die Differenz zwischen den erhöhten Preisen und den bisher bezahlten Preisen zu zahlen. Die Differenz wird den kassierenden Behörden den Ausgaben zurückzuführen.

Ein Nationaltracht für Frankreich. Nach Herstellung des nationalen Schutzes geht man jetzt in Frankreich daran, auch ein nationales Gewand zu schaffen. Der „Temps“ schreibt darüber: Ein kleiner Vorrat des zur Herstellung der nationalen Kleidung nötigen Stoffes ist vorhanden, vergrößert sich jedoch nur langsam, da 85% aller Webstoffe für den Bedarf der Bevölkerung, so daß für die bürgerliche Bevölkerung nur 15% übrig bleiben. Das Nationaltracht wird in drei Sorten hergestellt: eine für Männeranzüge, eine für Frauenmäntel und eine für Kinderkleidung. Jede Sorte gibt es in zwei bis drei

Färbungen. Das Nationaltracht soll nicht im Kleinen verfertigt, sondern an Konfektionsbetrieben gefertigt werden. Die Konfektionsbetriebe sind sich bereits mit der Frage der Herstellung der Nationaltracht beschäftigt. Es sollen nur einfache Formen gewählt werden. Das nach einem bestimmten Verfahren aus Wolle, Kollabfällen und Baumwolle gewirkte Tuch soll nicht zu dünn, sondern sehr dauerhaft sein, die aus ihm hergestellten Kleider werden halb so teuer wie die jetzige Kleidung.

Wie bekommt man Autogramme? Ein hiesiger Landwirt aus einer Gegend in der Nähe von Berlin, der sich auf Sammel eigenhändiger Unterschriften in rühmlicher Weise betätigt, fragte bei einer Fachzeitschrift an, wie er diese Sammlung anlegen solle. Darauf erhielt er folgende Antwort: „Landwirt! Die von Ihnen ersuchte Autogrammsammlung mögen Sie einfach den von Ihnen bewunderten Dattler zu 2,50 Mark das Hund an. Sie bekommen hier Autogramme.“

Klingelbeutel und Bürgergeld. In dem bei den beleagerten mecklenburgischen Städten Schöneberg und einem Prozess entgegen der des humorvollen Interesses nicht entbehrt. Der in Schöneberg Bürger werden muß den Bürgergeld nach einem 1823 aufgestellten Statut reglement leisten. Dies altehrwürdige Reglement hat dem Bürger die Pflicht auf, wenn die Reihe an ihm kommt, zwei Jahre lang jeden Sonntag den Klingelbeutel in der Kirche umzutragen und die Spenden der Kirche zu sammeln. Als Belohnung dafür erhält er am Schluß des Jahres einen Schuß, so daß er nach Ablauf der beiden Jahre ein Paar Schuhe hat. Schon in längerer Zeit hat man gegen diese alte Sitte Protest gemacht und hat erreicht, daß sich der neue Bürger gegen den Kaiser gegen Erlegung von 8 Mark jährlich loskaufen kann. Dafür übernimmt dieser das Umtragen des Klingelbeutels. Jetzt hat sich ein Bürger geweigert, diese 8 Mark zu bezahlen, und es soll ihm deshalb der Bürgergeld gemacht werden. Man darf auf den Ausgang gespannt sein.

Volks- und Kriegswirtschaft.

Versteigerung von Vieh. Am 1. Juli 1918 werden bei der Versteigerung von Vieh und anderen Mitteln vorauszugehen, hat der Staatssekretär des Ernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, Anordnungen zu treffen, daß die zur Überwachung des Verkehrs mit Vieh und Futtermitteln bestellten Personen bei der Versteigerung von Vieh, die sie in Ausübung dieser ihrer Überwachungspflicht vornehmen, eine Bescheinigung ausstellen, auf der Art und Menge der beschlagnahmten Gegenstände, Ort und Tag der Beschlagnahme, Name und Wohnort des Betreffenden sowie Dienst- und Auftragsstelle der beschlagnahmenden Person ersichtlich sind.

Bewirtschaftung des Spargelstrangs und der Spargelbeeren. Der Staatssekretär des Ernährungsamts hat die Bitte, an denen die Reichshütermittelstelle die Abteilung G. m. b. H. Spargelstrang und Spargelbeeren übernehmen hat, in der Weise festzulegen, daß für Spargelstrang das grün geerntet und luftgetrocknet ist. 60 Mark für Spargelbeeren 400 Mark für die Tonne zu zahlen sind. Spargelstrang und Spargelbeeren dürfen nur an die Reichshütermittelstelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H. (Bewirtschaftung des Deutschen Landwirts) Berlin W 35, Potsdamer Straße 35, abgegeben werden.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhölzel in Hachenburg.

Die Rgl. Oberförstereien Kroppach und Hachenburg (Westerwald)

verkauft am Donnerstag, dem 25. Juli d. J., von 2 Uhr mittags an im Hotel Schmidt zu Hachenburg folgendes Holz:

A. Oberförsterei Kroppach.

1. Forsterei Riller (Reviereforst Riller, Riller, Post Hachenburg), Ditr. 14, 15, 17, 18, 20b, 23b, 25, 32, 33, 38b, c, 39b, 45a. Eichenstämme: A II, 25 Stk. 27,24 m. B I-V, 75 Stk. 28,03 m; Eichenstämme: B III, B V, 3 Stk. 1,41 m; Eichenstämme: B V, 1 Stk. 0,61 m; Fichtenstämme: L u. II, 13 Stk. (Ditr. 38b).

2. Forsterei Marienflatt (Forstschleife Groß, Altkopf, Post Hachenburg), Ditr. 40b, 51a, c, 52a, 54a, 55a, 58c, 64b, 66b, 68a, 72, 74b. Eichenstämme: A I, B I, 4 Stk. 7,14 m. B IV, V, 2 Stk. 0,90 m; Eichenstämme: A I-III, 11 Stk. 14,10 m. B I-V, 14 Stk. 15,98 m; Fichtenstämme: L-IV, 61 Stk. 31,88 m. Ferner an Brennholz: Eichen: 5 rm Scheit und Knüppel, 1 Hdt. Wellen, 40 rm Kiefer; Eichen: 0,80 Hdt. Wellen; Eichen: 4 rm Scheit u. Knüppel; Fichten: 1 rm Scheit.

3. Forsterei Löhlein u. Althausen (Forst Riller, Steinwinger, Post Kroppach), Ditr. 77a, 80, 83b, 87a, 90, 98. Eichenstämme II-V, 278 Stk. 103,02 m; Fichtenstämme I-IV, 29 Stk. 18,12 m. Ferner im Ditr. 85b 5 rm Fichtenstämme.

B. Oberförsterei Hachenburg.

Forsterei Vellerhof (Reviereforst Vellerhof, Post Hachenburg), Ditr. 1ab, 2ab, 10d, 10e, 11a, 12a, 13, 14, 17, 24a, 25, 26. Eichenstämme: A IV, A V, B IV, V, 24 Stk. 14,51 m; Eichenstämme: I-III, 16 Stk. Eichenstämme: A II, III, B I-V, 168 Stk. 186,51 m; Eichenstämme: II, III, 20 Stk. IV, 6 Stk. 170 Stk.; Eichenstämme und Knüppel 24 rm. Eichenstämme und Knüppel 6 rm; Eichenstämme: B IV, V, 6 Stk. 2,02 m; Eichenstämme III, IV, 4 Stk. 1,74 m; Fichtenstämme 5 rm; Ferner sämtl. Fichtenstämme aus dem ganzen Bezirk und zwar I-III 403 Stk. IV-VI 223 Stk.

Auskunft über das zum Verkauf kommende Holz erteilen die genannten Forstbeamten. Auskünfte können bei rechtzeitiger Bestellung vom Förster Haverzart, Hachenburg, bezogen werden.

Einmachgläser

1/2, 3/4, 1, 1 1/2 und 2 Liter
eng und weit, mit Gummiring und Deckel
zu billigen Preisen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Karl Winter, Hachenburg.

Inkasso-Vertreter

zum Einzug von Pächtergebühren an allen Plätzen des hiesigen Bezirkes gesucht. Angeb. von qualifizierten Bewerbern, die sich auch dem Neuzugewinn widmen wollen (auch Kriegsschädigte), erbeten.

Deutsche Lebensversicherungsbank

Aktien-Gesellschaft in Berlin

Subdirektion Frankfurt a. M., Steinweg